

«Tiermehlverbot überdenken»

Rudolf Marti / Der Kenner der Futtermittelbranche über Importe, Futtergetreide, GVO, nachhaltige Soja, Tiermehlverbot und Grasmilch.

BAUERNZEITUNG: In den letzten Wochen erschienene Medienbeiträge erweckten den Eindruck, dass die Futtermittel der Schweizer Nutztiere vorweg aus dem Ausland stammen. Wie viele importierte Futtermittel fressen die Schweizer Nutztiere nun wirklich?

RUDOLF MARTI: Das Futtermittelangebot in der Schweiz beträgt insgesamt 8,4 Mio t (umgerechnet auf Trockensubstanz). Bei 88% der in der Schweiz eingesetzten Futtermittel handelt es sich um Raufutter, also Heu, Gras, Mais, Kartoffeln und auch um das inländische Futtergetreide. Der Futtermittelimport beträgt rund 1 Mio t. Insgesamt stammen 89% des gesamten Futtermittelangebots aus der einheimischen Produktion. Die Importe nahmen in den letzten Jahren zu: 1990 betragen sie 6%, heute 11%. Importiert werden vorwiegend Kraftfutter.

Wie sieht die Futtermittelbilanz in der Schweiz ganz allgemein aus?

MARTI: Mit einem Inlandanteil von knapp 90% sieht die Futtermittelbilanz insgesamt sehr gut aus. Die Schweizer Landwirte arbeiten grossmehrheitlich mit einheimischen Futtermitteln und setzen im Rindersektor vorweg auf Raufutter.

Wieso wurden immer mehr Futtergetreide und Eiweissträger importiert?

MARTI: Ein Grund dafür ist, dass die Geflügelbestände für die Fleisch- und Eierproduktion in den letzten 20 Jahren zugenommen haben. Hinzu kommt das Tiermehlverfütterungsverbot, das wir seit der BSE-Krise haben. Der bei Weitem dramatischere

Das Direktzahlungssystem ist so anzupassen, dass der inländische Futtergetreideanbau wieder attraktiver wird. Im Moment unterstützt der Bund die Ökobilanzflächen im Vergleich zum Futtergetreideanbau zu stark.

Grund ist aber, dass die inländische Futtergetreideproduktion stark abgenommen hat. Das fehlende Futtergetreide muss mit ausländischer Ware kompensiert werden. Seit Mitte der 1990er-Jahre ist die inländische Futtergetreideproduktion von damals über 800 000 t auf heute rund 500 000 t gesunken. Das bedeutet einen Verlust um die 35%. Für diesen starken Rückgang ist die zunehmende Extensivierung verantwortlich. Der finanzielle Anreiz, Futtergetreide anzubauen, ist schlicht zu gering.

Was ist zu tun, damit in der Schweiz wieder mehr Futtergetreide produziert wird?

MARTI: Zuerster ist die Politik gefordert. Das Direktzahlungssystem ist so anzupassen, dass der inländische Futtergetreideanbau wieder attraktiver wird. Im Moment unterstützt der Bund die Ökobilanzflächen im Vergleich zum Futtergetreideanbau zu stark. In der Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems ist zwar mit den Versorgungssicherheitsbeiträgen ein Gefäss vorgesehen, das auch für die Förderung des Futtergetreideanbaus Beiträge bereitstellen könnte. Die Futtergetreideproduzenten sind aber nicht die Einzigen, die Beiträge für die Versorgungssicherheit einfordern werden. Den Vorschlag des Getreideproduzenten-Verbands (SGPV), die Extensio-Beiträge zu halbieren und die frei werdenden Mittel in den Futtergetreideanbau zu schleusen, fand ich sehr gut. Dieser Vorschlag ist leider vorzeitig gestorben, da die Extensio-Beiträge für gewisse Labels eine Voraussetzung sind.

Wie sieht die Situation bei den Proteinträgern aus?

MARTI: Der Inlandanteil liegt beim Eiweissfutterpflanzenanbau bei 15 bis 20%; die Situation sieht miserabel aus! Die Forschung wie auch die Ausbildung haben den Anbau von Eiweissfutterpflanzen sträflich vernachlässigt. Das Beispiel Österreich

zeigt, dass der Anbau von Soja in unseren Breitengraden möglich ist. Eine sachliche Information tut Not! Letztendlich ist es wichtig, dass auch über das Tiermehlverbot wieder diskutiert wird. Wegen dieses Verbots geht uns sehr viel hochwertiges Protein verloren.

Zum Stichwort Tiermehlverbot: Im Moment diskutiert die EU intensiv darüber, das Verbot aufzuheben. Wie sieht es in der Schweiz aus?

MARTI: Bis Mitte der 1990er-Jahre standen uns rund 50 000 t tierische Eiweissträger aus Fleischknochenmehl aus dem Inland zur Verfügung; zudem importierten wir in etwa die gleiche Menge aus dem Ausland. Kurz: Wir hatten 100 000 t hochwertiges tierisches Protein, das wir heute mit 220 000 t Sojaschrot ersetzen müssen. Die EU kämpft mit ähnlichen Problemen in der Proteinversorgung, auch wenn die Grössenordnung eine ganz andere ist. Die Aufrechterhaltung des Verbots der Tiermehlverfütterung ist deswegen in der EU umstrittener denn je. Ich bin überzeugt, dass, wenn die EU das Tiermehlverbot aufhebt, die Schweiz sofort nachziehen wird.

Wie ökologisch sinnvoll ist es, Soja aus Südamerika zu importieren?

MARTI: Eine Studie von Greenpeace besagt, dass es die 250 000 t Soja, die die Schweiz jährlich aus Südamerika importiert, gar nicht braucht, da in der Schweiz genügend Milch ausschliesslich aus unserem Raufutter produziert werden könnte. Ökologisch sinnvoll oder nicht – ich stelle dazu die Gegenfragen: Ist es ökologisch sinnvoll, 40% aller Nahrungsmittel zu importieren? Würde es einen Sinn ergeben, unsere tierische Produktion zu reduzieren und vermehrt Fertigprodukte zu importieren, bei denen wir keinen Einfluss auf die Produktion nehmen können? Ist es möglich, den Fleischkonsum hinunterzufahren? Oder müssen wir uns dem Speisezetteldiktat von Frau und Herr Schweizer beugen, weil sie sonst noch mehr Fleisch im nahen Ausland einkaufen?

Was halten Sie vom Netzwerk «Nachhaltige Soja», das der Schweizerische Bauernverband (SBV) unterstützt?

MARTI: Die Diskussion um nachhaltige Soja ist über fünf Jahre alt. Dahinter stehen neben Greenpeace und WWF heute auch die Grossverteiler Migros und Coop sowie der SBV. Wir, die Vereinigung der Schweizer Fut-

Die Aufrechterhaltung des Verbots der Tiermehlverfütterung ist in der EU umstrittener denn je. Ich bin überzeugt, dass, wenn die EU das Tiermehlverbot aufhebt, die Schweiz sofort nachziehen wird.

termittelfabrikanten (VSF), haben entschieden, bei diesem Netzwerk nicht mitzumachen. Das Netzwerk setzt auf den ProTerra-Standard. Wir betrachten diesen als ein Monopol von fenaco, die einen Exklusivvertrag mit einem einzigen brasilianischen Sojalieferanten hat. Wir wollen aber einen Standard, bei dem der Wettbewerb spielt. Daher befürworten wir den Round Table on Responsible Soy (RTRS), ein kontrollier- und rückverfolgbares System. Dieser Standard umfasst sowohl ökologische wie soziale Kriterien und wird im Moment weltweit diskutiert. Im RTRS ist die GVO-Freiheit keine Bedingung; es gibt jedoch innerhalb dieses Standards ein GVO-frei-Modul. Und auf dieses Modul setzen wird! Coop und Migros haben uns bereits mitgeteilt, dass sie ab 2014/15 vollumfänglich nachhaltige Soja verlangen. Das Netzwerk braucht es nicht, der

RTRS genügt vollauf. Das ist eine reine PR-Übung.

Wie lange kann sich die Schweiz noch mit GVO-freiem Soja einkaufen?

MARTI: Soja ist verbunden mit zwei Reizthemen: Gentechnologie und Abholzung der Regenwälder. GVO-Soja als Futtermittel ist in der Schweiz ein Tabu. Wäre das anders, könnten wir auf die USA ausweichen, wo wir keinen Regenwald zerstören und keine Sklavenarbeit hätten. Soja aus den USA ist jedoch zu 100% GVO. Brasilien ist das einzige Exportland, wo wir noch GVO-freie Soja einkaufen können. Es ist eine Frage der Zeit, bis es auch in Brasilien nur noch GVO-Soja gibt. GVO ist in Ländern wie der USA übrigens ein Nachhaltigkeitskriterium. Interessant ist auch, dass GVO-Soja weltweit sowohl von Greenpeace und WWF im Rahmen der RTRS-Diskussionen und Verhandlungen akzeptiert ist, die Schweizer Niederlassungen dieser Organisationen dies in der Schweiz aber ablehnen. Die GVO-Freiheit ist für die Schweiz übrigens nicht gratis.

Sie sagen, die GVO-Freiheit ist für die Schweiz nicht gratis. Wie viel kostet es die Schweizer Bauern, ihre Nutztiere mit GVO-freiem Futter zu versorgen?

MARTI: Seit 2007 bezahlen wir für die Eiweissträger Sojaschrot und Maiskleber den vollen EU-Preis. Der Mehrpreis beträgt in der Schweiz im Moment 5 bis 10 Fr. pro 100 kg. Wir im-

portieren jährlich rund 300 000 t Eiweissträger. Das heisst, dass die Schweizer Bauern in der Tierproduktion bereits heute 30 Mio Franken mehr bezahlen als ihre EU-Kollegen. Das ist eine Mehrleistung der Schweizer Landwirtschaft, für die sie nicht entschädigt und die nicht kommuniziert wird. Die Schweiz ist

neben Norwegen das einzige Land europaweit, das eine vollständig GVO-freie Fütterung hat. Das Problem liegt darin, dass die Grossverteiler nicht bereit sind, diese Mehrleistung der Schweizer Bauern zu kommunizieren. In ihren Regalen stehen nämlich haufenweise importierte tierische Lebensmittel, die von im Ausland mit GVO-Futter ernährten Tieren stammen.

IP-Suisse beabsichtigt, mit «Gras-milch» eine neue Labelmilch einzuführen, die ausschliesslich auf Raufutter basiert. Was halten Sie von diesem Projekt?

MARTI: Auch dieses Projekt betrachte ich als reine PR-Übung. Es ist nicht neu, dass Grünlandwissenschaftler auf die Sojaimporte schiessen. Die Art und Weise, wie es dieses Mal geschieht, bezeichne ich als Raufutter-fundamentalistisch. Tatsache ist, dass die Wissenschaftler, die dahinter stehen, mit unhaltbaren Argumenten vor gehen. Grasmilch aus einer raufutterbasierten Fütterung ist nicht gesünder als Milch, bei der auch Kraftfutter eingesetzt wird. Das besagt eine Studie von Agroscope Lie-

befeld Posieux (ALP). Weitere Studien zeigten, dass es in einer kraftfutterbetonten Milchproduktion genügt, Leinsamen oder Raps zu füttern, um die gleiche Fettsäurezusammensetzung wie in der «Grasmilch» zu erreichen. Die Projektbefürworter argumentieren zudem mit dem Kriterium Ökologie. Auch das stimmt nicht. Eine extensive Milchproduktion bedeutet mehr Kühe und mehr Emissionen.

Zahlreiche Studien belegen, dass pro zusätzliches Kilogramm produzierter Milch pro Kuh der Treibhausgasausstoss abnimmt. Dieser Aspekt wird völlig ausgeblendet, obwohl die Treibhausgasdiskussion erst noch kommen wird. Für 96% des Ammoniakausstosses ist in der Schweiz die Landwirtschaft verantwortlich; und davon sind über 70% auf den Rindersektor zurückzuführen. Und zum Schluss noch dies: Die saisonalen Produktionsspitzen und getrennte Verarbeitungslinien von «Grasmilch» sind eine logistische Knacknuss, die das Projekt einfach ausblendet.

Und wie steht die Schweiz bezüglich Kraftfuttereinsatz in der Milchproduktion im Vergleich zur EU da?

MARTI: Die EU setzt im Durchschnitt pro Milchkuh und Jahr 2000 bis 3000 kg Kraftfutter ein; in der Schweiz sind es 800 kg. Das heisst, die Schweiz ist auch ohne Grasmilchprojekt schon ein extensives Grasmilchland. Dazu noch eine Bemerkung zum Projekt «Grasmilch»: Die Projektbefürworter argumentieren immer wieder mit der «Heumilch» aus Österreich. Auch dieser Vergleich hinkt. Bei «Heumilch» muss der Raufutteranteil mindestens 60% in der Ration betragen. Im Vergleich dazu produziert die Schweiz ausschliesslich Heumilch. Denn einen Kraftfutteranteil in der Ration von bis zu 40% erreichen wir bei uns nie!

Interview Christine Caron-Wickli

Rudolf Marti ist Geschäftsführer der Vereinigung Schweizerischer

*Futtermittelfabrikan-
ten (VSF).*

Die EU setzt im Durchschnitt pro Milchkuh und Jahr 2000 bis 3000 kg Kraftfutter ein; in der Schweiz sind es 800 kg. Das heisst, die Schweiz ist auch ohne Grasmilchprojekt schon ein extensives Grasmilchland.